

Das Kohlenzweigenprojekt der Stadt Berlin.

Berlin, 16. Juni. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Die Kommune Berlin hat sich bekanntlich in der letzten Zeit sehr eingehend mit dem Plans des Erwerbes von Kohlenzweigen zwecks Kohlenversorgung der hiesigen Gasanstalten beschäftigt. Es waren ihr deshalb zwei westfälische Kohlenruben, und zwar die Gewerkschaft Westfalen und die Kohlenbohrergesellschaft Anneliese angefallen worden. Mit dem gestrigen Tage ist nun die Option auf die Gewerkschaft Westfalen abgelaufen, ohne daß das Stadtparlament in die Erörterung dieser Angelegenheit eingetreten wäre. Wie verlautet, ist ein Ersuchen des Magistrats an den Grubenvorstand von Westfalen, die heute ablaufende Option zu verlängern, von diesem ablehnend beschieden worden. Es sind nämlich inzwischen neue Restitanten auf das Bergwerkseigentum von Westfalen aufgetreten, von denen einer, nämlich eine große Kohlengesellschaft, ein ernsthaftes Gebot auf die Gewerkschaft Westfalen abgegeben hat. Damit scheidet diese aus den Kaufprojekten der Stadt Berlin aus. Etwas anders, wenn auch nicht wesentlich verschieden, liegen die Verhältnisse bei der Kohlenbohrergesellschaft Anneliese. Auch über dieses Projekt hat sich die Stadt Berlin, ohne daß hier eine Optionsfrist vereinbart wurde, noch nicht schlüssig machen können. Auch hier haben sich neuerdings mehrere Kauflustige und anscheinend darunter ebenfalls die für die Gewerkschaft Westfalen seriös in Betracht kommende Stelle gemeldet. Sofern die Stadt Berlin zu einem baldigen Entschlusse nicht gelangen sollte, würde sie somit auch dieses Objekt aus den Händen verlieren. Die Frage der Kohlenversorgung ist für die hiesige Kommune deshalb dringender geworden, weil ihr der Kohlenbezug aus England vollkommen gesperrt ist und die Wiedereinfuhr von englischer Steinkohle nach Deutschland in sehr weiter Ferne liegt. In der Hauptsache wird die Stadt Berlin Wert darauf legen müssen, sich betreffs ihres Kohlenbezuges vor etwaigen Konjunkturschwankungen zu sichern, um so den Gasverbrauchern stabile Preise gewährleisten zu können. Langfristige Kohlenbezugsverträge dürften nicht leicht abzuschließen sein und sind weniger rentabel, als wenn die Stadt die Kohlenförderung in eigene Regie nimmt.

In der gestrigen Generalversammlung der Bohrergesellschaft Anneliese ermächtigte die Versammlung den Vorstand zu einem Angebot des Feldbesitzes an die Stadt Berlin zum Preise von 8 Millionen Mark. Die Harpener Bergbau-A.G. als Besitzer von einem Viertel der Anteile und die Internationale Bohrergesellschaft als Erbsberechtigter hatten jenem Preise als angemessen zugestimmt. Wird der Verkauf perfekt, so empfängt die Internationale Bohrergesellschaft 30 Prozent vom Bruttoverkaufspreis, gleich 2,40 Millionen Mark, ferner eine Vermittlergruppe 5 Prozent, gleich 400.000 Mark, und der Vorstand von Anneliese zugleich als Entschädigung für seine nachherigen Liquidationsgeschäfte 10 Prozent des Reingewinnes, gleich etwa 300.000 Mark. Es würden also auf jeden Anneliese-Anteil 5000 Mark bis 5200 Mark Reinerlös entfallen.